Liberté • Égalité • Fraternité
RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Frankreich – Info

Herausgeber: Französische Botschaft
Presse- und Kommunikationsabteilung
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
presse@ambafrance-de.org

www.de.ambafrance.org

29. Juni 2018

Erklärung von Staatspräsident Macron im Rahmen der Pressekonferenz im Anschluss an den Europäischen Rat

Brüssel, den 29. Juni 2018

Verteidigung

(…) Zunächst haben wir in Sachen Verteidigung mit der Vereinbarung über das Pilotprojekt des Europäischen Verteidigungsfonds und dem Start der Europäischen Interventionsinitiative mit neun Ländern, darunter Frankreich und Deutschland, am 25. Juni neue Fortschritte festgehalten. (…)

Das ermöglicht eine konkrete vorausgehende Zusammenarbeit in den Bereichen Planung und Bedrohungsanalyse, insbesondere zwischen den am stärksten eingesetzten und leistungsfähigsten Armeen Europas. Darüber konnten wir gestern mit dem Generalsekretär der NATO sprechen. All diese europäischen Initiativen erfolgen im Rahmen unseres Engagements in der NATO und sind damit vereinbar. Aber Europa stattet sich heute diesbezüglich mit einer Kraft aus, die es vorher nicht gab. Das ist meiner Ansicht nach die passende Antwort auf die geopolitische Neuordnung der Welt, aber auch das Bindemittel des europäischen Zusammenhalts in einem Bereich, wo zu viele Länder glaubten, dass nicht wirklich Europa sie schützte. In diesem Punkt sind die Dinge dabei sich zu verändern.

Handel

In einem zweiten Punkt haben wir über das Thema Handel gesprochen und ich freue mich, dass Europa entschlossen und geeint auftritt angesichts des inakzeptablen amerikanischen Angriffs auf seinen europäischen Verbündeten. Wir haben diese Entschlossenheit bekräftigt und Europa – das nicht passiv bleiben und die Spannungen im Handel nicht einfach erdulden darf – zu einer Reformagenda der WHO verpflichtet, die wir jetzt und in den kommenden Monaten vorantreiben werden, insbesondere im Rahmen der G20. (…)

Digitales

Darüber hinaus haben wir im Bereich Digitales an die Notwendigkeit einer schnellen Einigung bis zum Ende des Jahres erinnert, wie Deutschland und Frankreich sie mit Blick auf eine gerechte Besteuerung

großer Unternehmen fordern, sowie an die Einrichtung einer europäischen Agentur für Sprunginnovation. (…)

Migration

Das zweite große Thema, auf das ich eingehen möchte und das zu einem erheblichen Teil die aktuelle Lage in Europa beschäftigt, ist die Migration. Wie bereits vor einigen Jahren bei anderen Themen erleben wir in diesen bewegte Zeiten Momente, in denen Europa in der Lage sein muss, Einheit und Effektivität an den Tag zu legen. (…)

Diese Situation wird nicht von einem Tag auf den nächsten geklärt sein. Auf Dauer werden wir weiteren Migrationsdruck spüren aufgrund der Ungleichgewichte zwischen Europa und Afrika, aufgrund der demographischen Entwicklung in Afrika, und aufgrund der diversen und vielfältigen Konfliktzonen in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten. (…)

Dieses auf Dauer angelegte Handeln muss in meinen Augen zunächst einmal ein Europa ermöglichen, das seiner Geschichte und seiner Werte gerecht wird. Es gibt Dinge, bei denen Europa seine hohen Prinzipien nicht kompromittieren kann und darf. Das sind diejenigen, aus denen es gemacht ist, die – für Frankreich – in seiner Verfassung verankert sind. Ich denke insbesondere an das Asylrecht, an den Schutz von Frauen und Männern, deren Leben aufgrund ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen oder aufgrund von Krieg in ihrem Land bedroht ist.

Das Asylrecht erfasst nicht die Gesamtheit des Phänomens Migration und es ist wichtig, daran zu erinnern. Das bedeutet nicht, alle Menschen ungeachtet der Umstände ihrer Ankunft aufzunehmen. Aber keineswegs dürfen wir dieses Prinzip gefährden.

Das zweite Prinzip, was uns leiten soll, ist die Effektivität. Es gibt einen europäischen Zusammenhalt, der gewahrt werden muss, und damit einen legitimen Schutz unserer Grenzen, eine legitime Organisation, damit der nationale Zusammenhalt nicht schwindet und wir nicht das Erstarken der Ängste und mit ihnen der Extremen in den verschiedenen europäischen Ländern zulassen. Wir brauchen eine erklärbare, für unsere Bevölkerungen annehmbare Antwort. Schließlich ist die Effektivität auf Dauer unerlässlich, um diesen Bewegungen vorzubeugen und auf diese Herausforderung zu reagieren.

Angesicht der heutigen Lage gab es mehrere Möglichkeiten. Die Möglichkeit einer nationalen Politik und des nationalen Rückzugs, die von einigen bevorzugt wurde. Diese hätte zwangsläufig jede Einigung verhindert, womit im Übrigen wiederholt gedroht wurde. Auf der anderen Seite gab es die Möglichkeit der Kooperation, einer europäischen Zusammenarbeit, einer europäischen Einigung, um weiter voranzukommen. Dieser zweite Weg hat sich während des Europäischen Rates durchgesetzt und ich freue mich darüber.

Wir haben der Faszination des Schlimmsten nicht nachgegeben. Wir sind zu den Tatsachen zurückgekehrt, zu den unerlässlichen Elementen der Verantwortung und der Solidarität, die auch weiterhin unser Europa gestalten sollen und wir konnten so – das kann ich wohl sagen – eine wichtige Einigung erzielen, die nur eine Etappe ist und auf einer vollständigen Agenda beruht, wie wir es uns gewünscht hatten.

Außerhalb Europas

Diese Einigung betrifft drei Bereiche: den externen Bereich, den Schutz der Grenzen und die innere Solidarität. Der externe Bereich gehörte zu den Vorschlägen der Ratspräsidentschaft. Hier konnten wir die Einrichtung von Ausschiffungsplattformen bestätigen, die wir gemeinsam unterstützen und was wir in der Tat bereits praktiziert haben. Das ist genau das, was Frankreich Ende letzten Sommers mit einigen

anderen in Libyen und auch in Niger durchgeführt hat. Das setzt die Zustimmung der betreffenden Länder voraus, sowie eine wichtige Zusammenarbeit mit dem HCR und dem IOM, aber auch mit der Afrikanischen Union und allen beteiligten Parteien. (…)

Diese Ausschiffungsplattformen haben einen Vorteil: Sie ermöglichen einen besseren Schutz der Menschen, denn damit wird das Risiko einer Überquerung des Mittelmeers vermieden und sie gestatten, innerhalb eines strukturierten Rahmens des HCR und des IOM Schutz zu bieten und Asylanträge durch entsendetes Personal zu bearbeiten und ihnen stattzugeben. (…)

Grenzschutz

Der zweite Bereich unserer Gespräche betraf selbstverständlich die Stärkung der europäischen Außengrenzen. Wir haben bereits am vergangenen Sonntag daran erinnert und wir haben noch einmal unser Engagement bekräftigt, die Ausweitung von Frontex und zusätzlicher Kräfte voranzutreiben.

Wir haben lange über das Problem der Erstankunftsländer beraten. Dieses Thema ist für mich ebenfalls einer der wichtigen Punkte der getroffenen Einigung und beruht auf einem von Frankreich und Spanien eingebrachten Vorschlag, den wir bei dem Besuch von Premierminister Sanchez entworfen haben.

Worum geht es? Seit Beginn der politischen Krise in Italien stellt sich die Frage, ob wir ein Land aus der Verantwortung entlassen können. Das ist nicht im Einklang mit den Dubliner Übereinkommen. Wir haben gestern festgehalten, dass die Übereinkommen weiterhin fortbestehen und dass der Begriff des Erstaufnahmelands nicht gestrichen werden konnte.

Innere Solidarität

Dennoch geben wir in Sachen Solidarität mit den kontrollierten Zentren in Europa eine Antwort auf diese erneut bekräftigte Verantwortung. Der Vorteil dieser Zentren ist es, die Erstaufnahmeländer durch eine Finanzierung und europäische Organisation bei der Aufnahme von Migranten, der Bearbeitung der Anträge und der Rückführung in die Herkunftsländer derjenigen Personen zu unterstützen, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Heute obliegt diese Pflicht zum großen Teil dem Erstaufnahmeland.

Der griechische Premierminister hat sich im Übrigen sehr deutlich zu diesem Thema geäußert und ich denke, dass er das selbst noch einmal in aller Klarheit sagen wird, dass er dieses Vorgehen unterstützt und es anwenden wird. Mit Blick darauf, was Griechenland gerade organisiert und leistet, antworten diese Zentren mit einer notwendigen Solidarität, ohne die Regeln der kollektiven Verantwortung zu verändern.

In meinen Augen ist dies die Antwort auf die Frage Italiens. Wir haben einen Kompromiss gefunden: Wir ändern nicht die Regeln des internationalen Seerechts, wir ändern nicht die Regeln der Verantwortlichkeit, die in unserem Recht maßgebend sind. Aber durch die kontrollierten Zentren bieten wir mehr Solidarität und gleichzeitig mehr Effektivität bei der Rückkehr in die Herkunftsländer.

Schließlich haben wir die Arbeiten zum Dublin-System wieder aufgenommen, indem wir die Verantwortung der Erstaufnahmeländer sowie die europäische Solidarität stärken. Indem wir auch hier die Aufnahmeregeln einerseits und Flexibilität bei den Modalitäten anderseits akzeptieren und dabei streng in der Sache bleiben. Aber insbesondere indem wir eine Agenda zum baldigen Abschluss der Verordnungen bekräftigen, die heute fast fertig sind, sowie der sieben Verordnungen, die wir schließen müssen. Das ist unserer Meinung nach eine Priorität, wenn wir die Gesamtheit unserer Probleme zum Abschluss bringen wollen. Das wird die effektivste Lösung sein. (…)

Wir haben eine Einigung gefunden, die unseren Werten entspricht, die Antworten bietet in Sachen Verantwortung und Solidarität und die uns ein Vorankommen ermöglicht. (…)

Eurozone

Schließlich haben wir heute Vormittag ein sehr wichtiges Gespräch über die Reform der Eurozone geführt. Wir haben in den Schlussfolgerungen Handlungslinien erarbeitet, die auf der deutsch-französischen Einigung von Meseberg und auf der daraus resultierenden Arbeit auf Ebene der Eurogruppe beruhen, die dem Präsidenten der Eurogruppe, Herrn Centeno, Anlass zum Verfassen eines Schreibens geboten hat.

Diese Arbeit wird in den kommenden Monaten geführt und wir haben Ratspräsident Tusk gebeten, dem Rat bis Ende des Jahres eine Arbeitsagenda vorzuschlagen, um diese Gespräche zu Ende zu führen.

Durch diese Gespräche werden wir von nun an konkret vorankommen mit ersten grundlegenden Entscheidungen, die der deutsch-französischen Einigung folgen, einerseits zur Vollendung der Bankenunion und ihrer Vertiefung u.a. mit der Einrichtung eines Sicherheitsnetzes zum Schutz der Unternehmen und Sparer. Das ermöglicht auch ein besseres Funktionieren des europäischen Finanz- und Bankensystems, das unerlässlich ist für ein besseres Wachstum.

Andererseits mit einem neuen Fahrplan und einer echten Fähigkeit zur europäischen Stabilisierung, einem echten Haushalt der Eurozone mit eben der Funktion der Konvergenz und der Investition auf Grundlage der deutsch-französischen Vorschläge von Meseberg.

In den kommenden Wochen und Monaten werden wir auf Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Staats- und Regierungschefs Gespräche mit technischem Charakter führen, die aber jedes Mal höchst politisch sein werden, um diesen Prozess bis zum Jahresende zu beenden und mit der Vollendung der Eurozone voranzukommen.

Abschließend möchte ich das Engagement von Bundeskanzlerin Merkel begrüßen, mit der wir am 19. Juni in Meseberg die historischen Fortschritte erarbeitet haben, welche uns das Vorankommen und die Strukturierung der Debatte zur Eurozone ermöglichen, und mit der wir jeden Moment dieses Gipfels in demselben europäischen Geist vorbereitet haben.